



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 06.02.2024**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	17:01 Uhr bis 19:29 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend sind:

Schmidt, Claudia
Lange, Hendrik
Wünscher, Ulrike, Dr.
Brock-Harder, Inés, Dr.

Ranft, Melanie
Heym, Carsten
Schiedung, Torsten

Wend, Detlef, Dr.med.

Schaper, Torsten
Hemming, Andreas

Lembert, Friedrich
Scherer, André
Amler, Paulin
Michelmann, Grit
Riedel, Jan
Scholtbach, Jasmin

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
anwesend bis 18:31 Uhr
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),
Vertretung für Frau Dr. Burkert,
anwesend bis 19:25 Uhr
Fraktion MitBürger,
anwesend bis 19:06 Uhr
fraktionslos
Sachkundiger Einwohner,
anwesend bis 19:28 Uhr
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow
Christian Hiepe
Markus Petzold
Melanie Hirsch
Annika Seidel-Jähmig

Janine Tauchert
Lisa Leluk

Beigeordnete für Bildung und Soziales
Abteilungsleiter Schule
Schulnetzplaner
Teamleiterin Schulsanierung
Referentin Geschäftsbereich Bildung und
Soziales
Kordinatorin IT
stellvertretende Protokollführerin

Gäste

Prof. Dr. Johanna Mierendorff

Tobias Held

Bildungsbeirat
Prorektorin für Personal,
Personalentwicklung und Struktur der MLU
Steuergruppe DigitHAL

Entschuldigt fehlen:

Mackies, Stefanie
Schachtschneider, Andreas
Burkert, Silke, Dr.
Henke, Cordula
Slowig, Andreas

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion Hauptsache Halle
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Bildungsausschusses wurde von der Vorsitzenden, **Frau Schmidt**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Schmidt sagte, dass nichts von der Tagesordnung zu streichen oder auf diese zu setzen ist. Sie gab bekannt, dass es Ergänzungen unter TOP 7.2 „Bericht Projektstand Schulbauprogramm“ und TOP 7.3 „Vorstellung der bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe Digitalisierung der Schulen in Halle (DigitHAL)“ gibt. Sie merkte an, dass es seitens der Verwaltung Probleme gab, den Punkt TOP 7.3 bereits bei Versendung der Einladung auf die Tagesordnung zu nehmen.

Da es keine Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.01.2024
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28 – berufsbildende Schulen
Vorlage: VII/2023/06147
- 5.2. Schülerbeförderungsvertrag
Vorlage: VII/2023/06642
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Ersatz für den Kulturtreff Halle-Neustadt
Vorlage: VII/2023/06185
- 6.2. Antrag der Stadträte Klaus E. Hänsel und Torsten Schaper zur Neuregelung der Kostenerstattung des Schülerverkehrs
Vorlage: VII/2023/06586
7. Mitteilungen

- 7.1. Handlungsempfehlungen des Bildungsbeirates Halle (Saale) zum Umgang mit Kinderarmut in Bezug auf Bildung
Vorlage: VII/2024/06735
- 7.2. Bericht Projektstand Schulbauprogramm
Vorlage: VII/2024/06788
- 7.3. Vorstellung der bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe Digitalisierung der Schulen in Halle (DigitHAL)
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE) zur Schülerbeförderung
Vorlage: VII/2024/06738
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.01.2024
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Frau Schmidt eröffnete die Einwohnerfragestunde und bat Fragesteller 1 zum Rednerplatz.

zu 3.1 Fragesteller 1 zur Sekundarschule Halle-Süd

Fragesteller 1 stellte sich als Elternvertretung der Sekundarschule Halle-Süd vor und fragte, wann der Server für diese Schule geliefert wird, da es seit längerer Zeit Probleme mit dem Internetempfang gibt.

Herr Heinz sicherte eine Lieferung in ein bis zwei Wochen zu, sowie eine entsprechende Information an die Schulleitung.

Frau Schmidt fragte nach, ob es aktuell grundsätzlich einen Internetzugang an der Schule gibt.

Fragesteller 1 antwortete, dass zwar Internetzugriff möglich ist, jedoch abbricht, wenn sich zu viele Schüler einwählen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.01.2024

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 09.01.2024:

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28 – berufsbildende Schulen
Vorlage: VII/2023/06147**

Frau Brederlow führte in die Vorlage ein.

Herr Lange sagte, dass bei der Stellungnahme der BBS „Friedrich List“ immer die geraden Seiten fehlen, sodass die Argumentation nicht vollständig nachvollzogen werden kann. Zusätzlich fragte er, ob es eine Stellungnahme des Saalekreises gab und wie die Stellungnahmen abgewogen wurden. Er wünschte sich eine Einschätzung zur Aussage der IHK zur Wohnheimsituation. Des Weiteren hob er positiv bei der Vorlage hervor, dass keine Schule geschlossen wird. Er schloss ab mit der Frage, wieso der Ausbildungsberuf des Anlagenmechanikers in den Saalekreis wechselt und wie die Schulleitung der BBS „Gutjahr“ diese Veränderung bewertet. Er bat er um eine Begründung für das Schließen des Ausbildungsberufes des Elektrikers für Informations- und Telekommunikationstechnik.

Herr Petzold sagte eine Nachreichung zu der unvollständigen Stellungnahme der BBS „Friedrich List“ zu. Zu der Stellungnahme des Saalkreises sagte er, dass es sich um eine Fehlmeldung handelte. Er äußerte, dass die Stellungnahme der IHK von der Verwaltung zwar zur Kenntnis genommen wurde, aber nicht die Vorlage einfluss, da sie nachrangig ist. Er führte aus, dass die Schulentwicklungsplanung für berufsbildende Schulen eine Forderung des Landes Sachsen-Anhalt ist. Weiterhin sagte er eine schriftliche Beantwortung zu der Thematik mit den Ausbildungsberufen zu, gab aber zu Protokoll, dass die Listen, die als Anlage dieser Vorlage beiliegen, von den Schulen selbst verfasst sind.

Herr Lange sagte, dass bei der Stellungnahme der BBS „Friedrich List“ umfangreiche Vorschläge gemacht wurden, wie sich die Schule in den nächsten Jahren aufstellen will – auch für die schulische Bildung. Er wünschte sich eine Erläuterung dazu.

Herr Petzold sagte, dass der Beschluss für sich steht und weiterhin eine vertrauenswürdige Zusammenarbeit und Austausch zwischen Stadtverwaltung und Schulen bestehen bleiben wird. Er gab den Ausblick, dass dem Stadtrat jährlich eine Rückmeldung zur Schulentwicklungsplanung vorgelegt wird.

Herr Schiedung regte eine strukturiertere Anlage an und griff die Frage zur IHK von Herrn Lange auf. Er zeigte einen Anstieg der Schülerzahlen der BBS „Gutjahr“ auf und fragte nach auskömmlichem Wohnraum für die Auszubildenden und nach Mitteln aus dem Programm „Sozialer Wohnungsbau“. Herr Schiedung bemerkte, dass zwei Sporthallen der aufgeführten Berufsbildenden Schulen nicht barrierefrei gestaltet sind. Er fragte nach Lösungen. Des Weiteren fragte er, was unter „moderater“ W-LAN-Versorgung im Wohnheim zu verstehen ist. Zusätzlich wies er auf den Vorschlag der IHK hin, den Gastschulbeitrag aufzuheben und bat um Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Hiepe antwortete, dass die Verwaltung aktuell dabei ist, neue Kapazitäten für das Wohnheim zu akquirieren. Er sagte, dass nicht alle Häuser ein gutes W-LAN-Signal empfangen können; auch hier ist die Verwaltung gerade im Ausbau.

Frau Brederlow sagte zu den Thematiken der Barrierefreiheit der Turnhallen und der Kritik der IHK zum Gastschulbeitrag eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Scherer fragte, in welcher Größenordnung Anfragen zu den Wohnheimen abgelehnt wurden und wie hoch die Auslastung im Peak ist.

Herr Hiepe antwortete, dass in den letzten Jahren ca. 50 – 60 Schüler abgelehnt wurden. Er fügte hinzu, dass Kapazitäten für 99 Schüler zur Verfügung stehen.

Frau Schmidt fragte, in welchem Zeitraum neue Kapazitäten geschaffen werden.

Herr Hiepe sagte, dass sich die Verwaltung in Vertragsverhandlungen mit der GWG befindet und erwartet, dass die Kapazitäten mit Beginn des nächsten Schuljahres zur Verfügung stehen.

Frau Ranft fragte, ob man die erste Etage des ehemaligen Studentenwohnheims nutzen könnte, um die Kapazitäten zu erweitern.

Frau Brederlow sagte, dass dieses Wohnheim viele Jahre leer stand und eine Struktur innehat, die heutigen Bedarfen nicht mehr entspricht. Der Sanierungsbedarf und damit auch die Kosten dazu wären dementsprechend hoch. Sie fügte hinzu, dass außerdem das Gebäude zu groß ist.

Herr Lange fragte nach dem Zeitplan für den Ausbau des W-LANs und nach dem Saldo für Gastschulbeiträge.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu der Frage mit den Gastschulbeiträgen zu.

Herr Hiepe sagte, dass der Zeitplan eine Erledigung bis zum nächsten Schuljahr vorsieht, gab aber zu bedenken, dass die Verwaltung hier von externen Unternehmen abhängig ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die in den Anlagen 2-9 beigefügten Teile des Schulentwicklungsplans der Stadt Halle (Saale) für die berufsbildenden Schulen für die Schuljahre 2023/24 bis 2027/28.

zu 5.2 Schülerbeförderungsvertrag
Vorlage: VII/2023/06642

Herr Hiepe führt in die Vorlage ein.

Herr Lange fragte, ob man die Anzahl von 6.500 Karten nachverhandeln kann, wenn die Schülerzahlen höher ausfallen und ob bei anderen Überlegungen durch den Stadtrat im Nachgang Veränderungen vorgenommen werden können.

Herr Hiepe antwortete, dass in beiden Fällen Nachverhandlungen möglich sind.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister den Vertrag zur Beförderung der Schülerinnen und Schüler der Stadt Halle (Saale) (Anlage) mit einem Gesamtwertumfang von 13.353.627,00 € zu unterzeichnen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Ersatz für den Kulturtreff Halle-Neustadt
Vorlage: VII/2023/06185

Herr Lange führte in die überarbeitete Version des Antrages seiner Fraktion ein.

Frau Brederlow kündigte eine neue Stellungnahme der Verwaltung an, die eine Zustimmung enthält.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

- ~~1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, als Ersatz für den Kulturtreff in Halle-Neustadt ein multifunktionales Gebäude mit Anspruch an eine moderne Veranstaltungskultur für den Stadtteil Halle-Neustadt zur Verfügung zu stellen bzw. zu errichten. Wahlweise legt die Stadtverwaltung eine Konzeption für die erneute Nutzung des bisherigen Kulturtreffs vor. Das setzt die Findung angemessener Räumlichkeiten für den Fachbereich „Einreise und Aufenthalt“ voraus.~~
Durch die Umnutzung der Räume im Kulturtreff stehen nun im größten Stadtteil der Stadt Halle (Saale) keine Möglichkeiten zur Verfügung, kulturelle Veranstaltungen wie z.B. Schulabgangsfeiern, Jugendweihen, Freisprechungen, interkulturelle Veranstaltungen etc. durchzuführen. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, Alternativen aufzuzeigen, wie und an welchem Ort diese Veranstaltungen in der Neustadt weiterhin durchgeführt werden können.

2. ~~Die Verwaltung legt dem Stadtrat bis zum 1. Quartal 2024 entsprechende Lösungsvorschläge, den Entwurf eines Nutzungskonzepts sowie Finanzierungsoptionen vor.~~

Die Stadtverwaltung informiert den Stadtrat darüber in der Sitzung des Stadtrates am 24.04.2024.

**zu 6.2 Antrag der Stadträte Klaus E. Hänsel und Torsten Schaper zur Neuregelung der Kostenerstattung des Schülerverkehrs
Vorlage: VII/2023/06586**

Herr Schaper führte in den Antrag ein und thematisierte dabei auch die Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Brederlow wies auf die Stellungnahme der Kommunalaufsicht zu diesem Antrag hin, welche im Session hochgeladen wurde. Sie kündigte auch eine aktualisierte Stellungnahme der Verwaltung für die Behandlung im Finanzausschuss an. Weiterhin erinnerte sie an die Schuleinzugsgebiete für Grundschüler und Grundschülerinnen (1. Bis einschließlich 4. Klasse). Sie stellte klar, dass hier die Kommunalaufsicht den Rahmen gibt.

Herr Schiedung empfand die Thematik für sehr wichtig, kritisierte jedoch die Herangehensweise der Antragsteller. Er sagte, dass seine Fraktion, besonders im Hinblick auf die Stellungnahme der Kommunalaufsicht, diesen Antrag ablehnen wird.

Herr Dr. Wend schlug vor, eine Arbeitsgruppe aus den Fraktionen zu gründen, um fehlendes Sachwissen hinsichtlich transport- und verwaltungstechnischen Richtlinien zu erhalten.

Frau Michelmann sprach sich für eine Einzelfalllösung der Kinder aus, die einen sehr langen Schulweg haben, anstatt für die gesamte Schülerschaft der Stadt Halle ein kostenfreies Schülerticket einzuführen.

Frau Dr. Wünscher wies auf die Zustimmung zum Schülerbeförderungsvertrag unter TOP 5.2 hin und entkräftete das Argument von Herrn Schaper, dass es Grundschüler in der Stadt Halle gibt, die mehr als 40 Minuten zur Schule laufen müssten. Sie fügte hinzu, dass das aufgrund der Schuleinzugsgebiete von Grundschulen nicht möglich ist. Des Weiteren sagte sie, dass sie keinen Antrag unterstützt, der Kosten für die HAVAG verursacht.

Herr Lange sprach sich für ein ganzheitliches Mobilitätskonzept aus und empfand die Ideen der Antragsteller für bedenkenswert. Er unterstützte den Vorschlag von Herrn Dr. Wend und bat Herrn Schaper um Vertagung des Antrages.

Herr Lemberg unterstützte die Aussagen von Frau Dr. Wünscher und fügte hinzu, dass dem Antrag keine Bedarfsabfrage zugrunde liegt.

Herr Schaper entgegnete Frau Dr. Wünscher, dass er nicht von Grundschulern, sondern von Schülern sprach. Er wies darauf hin, dass der Antrag wie ein Prüfantrag zu verstehen ist, einen Vertrag auszuhandeln, der dem Stadtrat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt wird.

Herr Heym sagte, dass er den Antrag eher als eine Effekthascherei, anstatt als Problemlösung empfindet. Er stimmte dem Vorschlag von Herrn Dr. Wend zu.

Herr Dr. Wend verwies auf den Bericht des Bildungsbeirates und die darin enthaltene Empfehlung zu einem kostenfreien ÖPNV für Kinder.

Frau Dr. Brock-Harder sagte, dass der Antrag nicht abstimmungswürdig ist, da er nicht rechtskonform ist.

Frau Brederlow griff den Bericht aus dem Bildungsbeirat auf und sagte, dass das Thema „ÖPNV für Kinder“ eines ist, womit sich die Verwaltung befassen wird. Sie antwortete Herrn Schaper, dass der Antrag nicht als Prüfauftrag verfasst ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der HAVAG einen Vertrag über die Einführung eines kostenfreien Schülertickets im Bereich der Tarifzone 210 für Hallesche Schülerinnen und Schüler zum 1. Januar 2025, **unter Berücksichtigung der in Paragraph 71 Absatz 4A Schulgesetz LSA festgesetzten, gesetzlichen Eigenbeteiligung von 100,00 € pro Jahr für Schülerinnen und Schüler der 11. bis 13. Klasse**, auszuhandeln.
2. Anspruchsberechtigt sollen unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnanschrift und Schule gemäß §71 (2) und 4 (a) des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.08.2018 alle Schülerinnen und Schüler mit erstem Wohnsitz in der Stadt Halle (Saale) aller im Stadtgebiet befindlichen allgemeinbildenden Schulen, einschließlich der Förderschulen und Schulen in freier Trägerschaft, vom 1. bis zum 13. Schuljahrgang sein.
3. Im Zuge der Vertragsverhandlungen ist zu prüfen, ob zur Reduzierung von Verwaltungs- und Vertriebskosten auf die Ausstellung von Tickets verzichtet werden kann und zum Nachweis der Berechtigung der Beförderung der anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler gemäß Nr. 2 die jeweiligen Schülerausweise ggf. in Kombination mit Personaldokumenten herangezogen werden können.
4. Das Schülerticket soll zeitlich nicht auf bestimmte Tage oder Tageszeiten beschränkt sein. In den Kostenermittlungen sollen jedoch optional auch die Kosteneinsparpotentiale für sinnvolle, zeitliche Beschränkungen abgebildet werden.
5. Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat den mit der HAVAG ausgehandelten Vertragsentwurf, einschließlich der entstehenden Kosten zur Einführung eines solchen Tickets, im April 2024 als Beschlussvorschlag vor. Die Kosten werden im Falle des Beschlusses zur Annahme des Vertrages durch den Stadtrat in den Haushaltsentwurf 2025 eingestellt.

zu 7 Mitteilungen

Frau Schmidt beantragte das Rederecht für Frau Prof. Dr. Mierendorff und Herrn Held. Da es keine Gegenrede gab, erteilte sie beiden Gästen das Rederecht.

zu 7.1 Handlungsempfehlungen des Bildungsbeirates Halle (Saale) zum Umgang mit Kinderarmut in Bezug auf Bildung
Vorlage: VII/2024/06735

Frau Prof. Dr. Mierendorff stellte die Thematik mithilfe einer Präsentation vor.

Die Präsentation steht über Session zur Verfügung.

Herr Dr. Wend bedankte sich für die Arbeit von Frau Prof. Dr. Mierendorff. Er hob darauf ab, dass die Themen und Probleme an sich nicht neu seien, bedanke sich aber für die klare Darstellung.

Herr Scherer wünschte sich eine Handlungsempfehlung für die Innenstadt und stellte eine Frage zur Forderung des Bildungsbeirates zur Kapazitätserhöhung im Hort in der südlichen Neustadt. Er machte die Probleme der suboptimalen Hortlandschaft und des geringen Anwahlverhaltens aus. Er fragte, wie die Attraktivität erhöht werden kann.

Frau Prof. Dr. Mierendorff sagte, dass die ersten Statistiken noch sehr rudimentär sind, man aber schon deutlich erkennen kann, welche Quartiere am meisten vom SGB II-Bezug betroffen sind. Sie fügte hinzu, dass man noch weiter in die Tiefe gehen muss, um eine Handlungsempfehlung für eher nicht betroffene Quartiere zu tätigen. Sie führte aus, dass die Inanspruchnahme von Angeboten sowohl im frühpädagogischen Bereich, als auch vom Ganztagsbereich u.a. eine Frage der Information ist.

Frau Brederlow ergänzte, dass die Verwaltung aktuell in Planung ist, die Anzahl der Hortplätze in der südlichen Innenstadt zu erhöhen. Sie nannte die Eröffnung des Neubaus der Kita der Kreativitätsschule als Beispiel.

Herr Riedel bezog sich auf die Thematik des Ganztagsangebotes und betonte, dass das die Kinderarmut, soziale und kulturelle Ausgrenzung verringern würde. Er fügte hinzu, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Erziehern verbessern muss.

Frau Brederlow stimmte Herrn Riedel im letzten Punkt zu. Zusätzlich fügte sie hinzu, dass die gesetzliche Verankerung für den Ganzttag im SGB VIII ist und berichtete, dass es in Sachsen-Anhalt aktuell Modellprojekte zum Ganzttag laufen. Sie sagte, dass die konkrete Umsetzung zum Ganzttag leider noch nicht umfassend geklärt sei, jedoch bereits Prozesse auch auf Landesebene angestoßen wurden.

Frau Prof. Dr. Mierendorff sagte, dass an der Martin-Luther-Universität die Lehramtsausbildung dahingehend angepasst wird, dass nicht nur das Fachwissen und die Didaktik gelehrt wird, sondern auch die Lebenslagen von Kindern und Familien.

Herr Lemberg fragte, welche Stellschrauben angewendet werden können, um die Anzahl der Kinder mit Sprachdefiziten bei der Einschulung zu verringern. Zusätzlich fragte er nach der Ausreichung kommunaler Fördergelder im Bereich Sprache und nach der Anzahl an Kindern, die die Schülerbeförderung über das Programm „Bildung und Teilhabe“ finanziert bekommen.

Frau Brederlow erklärte, dass es keine Kinder gibt, die die Beförderung über das genannte Programm finanziert bekommen, aufgrund der Schülerbeförderungsregelung in Sachsen-Anhalt. Zur Sprachförderung nannte sie die Sprachpädagogen, welche durch das Land gefördert werden.

Herr Lange bedankte sich für die Arbeit des Bildungsbeirates und fragte, wie die Verwaltung mit dem Bericht arbeitet.

Frau Brederlow sagte, dass der Bildungsbeirat vom Stadtrat eingesetzt ist, um ihm Anregungen zu geben. Sie fügte hinzu, dass zurzeit einige Themen in Bearbeitung sind und eine Prioritätensetzung gemeinsam mit den Gremien erfolgt. Auch sie bedankte sich für die Arbeit des Bildungsbeirates.

Frau Schmidt fragte, welche Hürden es bei der systematischen Nutzung der Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung gibt.

Frau Prof. Dr. Mierendorff antwortete, dass dabei hochgradig personenbezogene Daten herangezogen werden müssten und dies aufgrund des Bundesdatenschutzgesetzes bundesweit nicht möglich ist.

zu 7.2 Bericht Projektstand Schulbauprogramm Vorlage: VII/2024/06788

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

zu 7.3 Vorstellung der bisherigen Ergebnisse der Arbeitsgruppe Digitalisierung der Schulen in Halle (DigitHAL)

Herr Held stellte die Thematik mithilfe einer Präsentation vor.

Die Präsentation steht über Session zur Verfügung.

Herr Schiedung fragte inwiefern das Digitalkonzept, welches vom Stadtrat beschlossen wurde, in das Projekt eingeflossen ist.

Frau Tauchert antwortete, dass bei dem Konzept die Digitalinfrastruktur beschrieben wurde und dass DigitHAL darauf aufbaut. Sie fügte hinzu, dass das Projekt darauf hinarbeitet, dass jeder Schüler sein eigenes Endgerät zur Verfügung hat.

Herr Schiedung sagte, dass der letzte Punkt auch bereits im Digitalkonzept festgehalten wurde.

Frau Tauchert konkretisierte, dass in dem Konzept die Möglichkeit von „Bring your own device“ beschrieben war – dies soll auch weiterhin so bleiben. Sie führte aus, dass DigitHAL den Fokus auf 1:1-Ausstattung für Schülerinnen und Schüler setzt, was das Digitalkonzept nicht enthielt.

Frau Schmidt fragte, nach der pädagogischen Untersetzung der „Bring your own device“-Methode im Hinblick auf die Ergebnisse des UNESCO-Weltbildungsberichtes aus dem letzten Herbst.

Herr Held antwortete, dass ein Kernpunkt des Projektes die Fragestellung ‚Wie können wir die Geräte im Unterricht sinnvoll einsetzen?‘ ist.

Herr Riedel machte die Vielschichtigkeit der Thematik deutlich und sprach sich für die 1:1-Ausstattung aus.

Herr Lange befürwortete die Bildung der Arbeitsgruppe und sprach sich ebenso für die 1:1-Ausstattung aus.

Herr Schiedung schloss sich den Aussagen von Herrn Lange an.

Frau Ranft wies die Arbeitsgruppe darauf hin, dass möglichst Geräte verwendet werden, die nicht auseinandergebaut werden können, um dauerhafte Funktionalität der Technik zu gewährleisten.

zu 7.4 Frau Brederlow zur Schulentwicklungsplanung

Frau Brederlow gab den weiteren Ablauf mit der beschlossenen Schulentwicklungsplanung und Satzung bekannt. Sie führte aus, dass die Entwürfe nun dem Landesschulamt zur Genehmigung vorgelegt werden und der Kommunalaufsicht zur rechtlichen Bewertung. Ebenso berichtete sie, dass die Bildungsministerin ein Schreiben erhielt, mit der Bitte um Unterstützung zum Fortgang der entsprechenden Themen, die damit im Zusammenhang stehen. Sie fügte hinzu, dass der Bürgermeister in der nächsten Stadtratssitzung dazu Widerspruch einlegen wird, was zum normalen Prozedere gehört.

Herr Lange bat um Berücksichtigung des Anwahlverhaltens hinsichtlich der Bildungsgänge.

Herr Scherer schlug vor, die Thematik im Bildungsausschuss nochmals zu diskutieren und dazu die Bildungsministerin einzuladen.

Frau Brederlow wies auf den engmaschigen Zeitplan hin, der eine Entscheidung im März zwingend notwendig macht. Sie bat darum, die Antwort der Ministerin auf das Anschreiben abzuwarten. Sie zweifelte die Sinnhaftigkeit einer Sondersitzung an.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (DIE LINKE) zur Schülerbeförderung Vorlage: VII/2024/06738

Herr Lange fragte, wie hoch die Mittel sind, die über das ÖPNV-Gesetz zur Verfügung gestellt werden.

Herr Hiepe gab die Mittel in Höhe von 3.515.400 € an.

zu 8.2 Frau Ranft zum Sozialindex

Frau Ranft sagte, dass für die Auswahl der Schulen, die am Startchancenprogramm des Bundes teilnehmen, ein Sozialindex erforderlich ist, um Schulen objektiv auszuwählen. Sie führte aus, dass diese das Land Sachsen-Anhalt in den kommenden Monaten seine Sozialkriterien ausformuliert haben. Frau Ranft fragt, wie der derzeitige Umsetzungsstand ist und wie die Kriterien lauten. Zudem möchte sie wissen, ob halleische Schulen gleich im ersten Programmjahr am Startchancenprogramm teilnehmen werden.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Schaper zur Konzeption vom Schüler ÖPNV

Herr Schaper regte in Vertretung für Herrn Dr. Wend an, eine Arbeitsgruppe zwischen Fraktionen, Stadtverwaltung und HAVAG zur Konzeption vom Schüler-ÖPNV zu bilden.

zu 9.2 Frau Ranft zu den berufsbildenden Schulen

Frau Ranft regte zu Beginn der neuen Wahlperiode einen Kennenlerntermin zwischen Schulleitern und den neuen Mitgliedern des Bildungsausschusses an.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Frau Schmidt beendete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Claudia Schmidt
Ausschussvorsitzende

Lisa Leluk
stellvertretende Protokollführerin